

Eine kurze Zeitspanne voller Dynamik

(Fortsetzung von Seite 3)

Und verehrte Anwesende, wer könnte das Wirken der sowjetischen Hochschuloffiziere vergessen, kampfproben und streitbare Marxist-Leninisten und hervorragende Wissenschaftler, die auch an unserer Universität in den Jahren 1946 bis 1949 mit ihren hochqualifizierten Vorträgen, mit bestechender Sachkenntnis und überzeugender Beweisführung die Überlegenheit des Marxismus-Leninismus bewiesen und damit entscheidende Brechen in die Dominanz der bürgerlichen Ideologie schlugen. So gibt der damalige Pädagogikstudent und heute stellvertretende Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gerhard Hettzer, uns, die wir dabei waren aus dem Herzen sprechend, folgende Eindrücke von der Vorlesungsreihe des sowjetischen Hochschuloffiziers Major Patent wieder, die dieser vor insgesamt 20 000 Studenten in der Kongreßhalle hielt:

„Da stellte sich ein Mann, ein Offizier der Sowjetarmee, auf eine große Bühne, auf der sich zwei wuchtige Polstersessel, ein Tisch und das Mikrofon befanden, legte in freier Rede, in einwandfreiem Deutsch, präzise und vor Ideen geradezu sprühend Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus dar, reagierte postwendend und schlagfertig auf Fragen und Einwände und ließ dabei ein Wissen um die vormarxistische Philosophie erkennen, das selbst unserem Gegner Staunen abnützte... Mehr und mehr erlangte das Beifallklatschen und das störende Klöpfen die Oberhand. Die Veranstaltungen mit Patent waren wochenlang Tagesgespräch. Sie gaben uns in der politischen Arbeit und im Studium großen Auftrieb. Wir wurden selbstbewußter und traten den reaktionären Einflüssen entschieden und bei aller uns noch eigenen Grobschlichkeit sachkundiger entgegen. Wir erhielten viele Anregungen zum zielstrebigem und systematischen Studium des Marxismus-Leninismus.“

Und die Parteiveteranin Leni Berner erinnert sich: „Alle verehrten Genossen Patent als einen außerordentlichen Wissenschaftler und Pädagogen... Es war damals, Ausdruck der hohen Verehrung, ein geflügeltes Wort in aller Munde: Was fehlt unserem neuen Deutschland? 1000 Patente?“

Mit dem 5. Februar 1946 war zwar die...

...politische Entscheidung zugunsten einer revolutionär-demokratischen, auf den Sozialismus orientierten Universität gefallen, aber der endgültige Durchbruch zum Neuen konnte nur im Rahmen der traditionellen Fakultäten, von den wenigen Genossen und kämpferischen Humanisten im Lehrkörper und der vorschwindend geringen Zahl von Arbeiter- und Bauern-Studenten nicht vollzogen werden. In Erkenntnis dessen initiierte die Partei der Arbeiterklasse mit Unterstützung der sowjetischen Genossen am 1. März 1946 die Einrichtung der Vorstudienanstalt, der „Vosta“, im Oktober 1946 die Gründung der Pädagogischen Fakultät und am 19. Februar 1947 die Gründung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät, der Gewifa.

Am 1. März 1946 nahmen an der Leipziger Vorstudienanstalt, die Ende 1947 in die Universität integriert und ab 1949 als Arbeiter- und Bauern-Fakultät wirksam wurde, 225 Arbeiter- und Bauernkinder das Studium auf. Hier gewannen sie durch ihre Dozenten, unter ihnen Robert Schulz, erste Einblicke in den Marxismus-Leninismus, und hier begannen sie zu erkennen, daß mit seiner Hilfe die wirkenden Entwicklungsgesetze im gesellschaftlichen Leben mit wissenschaftlicher Exaktheit erfährt und die politischen Handlungen schöpferisch danach eingereicht werden konnten. Vom Jahre 1949 bis zum Jahre 1962, dem Zeitpunkt, da die Arbeiter- und Bauern-Fakultät in Ehrenreichen Aufmarsch erfüllt hatte, wurden von ihr 4648 Arbeiter- und Bauern-Studenten auf das Studium vorbereitet, von denen heute sehr viele führende Funktionen in Staat, Wirtschaft und Wissenschaft bekleiden. Im Wintersemester 1946/47 begann als Neugründung die Pädagogische Fakultät mit ihren Dekanen Maximilian Lamberz und Hugo Müller und solchen hervorragenden Erzieherpersönlichkeiten wie Walter Reilmann, Ernst Eichler, Herbert Schaller, Werner Henneberg oder Paul Wagner ihre Lehr- und Forschungsarbeit mit insgesamt 163 Studenten, die zu einem großen Teil bereits als Neulehrer Erfahrungen in der praktischen und politischen Arbeit gesammelt hatten. Im Lehrkörper, im wissenschaftlichen Nachwuchs und in der Studentenschaft der Pädagogischen Fakultät entwickelte sich ein fester Kern politisch bewußter Arbeiter- und Bauern-Kinder, der an den großen politischen Auseinandersetzungen um die Neugestaltung der Universität in den Jahren 1946 bis 1948 führend beteiligt war.



Die Aufnahme des Vorlesungsbeginns für zunächst 70 Studenten an der Gewifa am 15. April 1947 war ein neuer Meilenstein in der Entwicklung der Universität. Ihre Hochschullehrer, Fritz Behrens als Vorsitzender des Gründungsausschusses und Dekan, Gerhard Harig, Ernst Engelberg, Gerhard Eisler, Hermann Budzistawski, Georg Mayer, Walter Markov, Karl Polak, Hans Thalmann, Albert Schreiner, Arthur Baumgarten und Wieland Herzfelde, leisteten Überwundenes bei der festen Verankerung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse. Mit der Gründung der Gewifa erhielt der Marxismus-Leninismus seine feste Heimat an der Universität. Mehr noch: Das Wirkungsfeld der Gewifa reichte weit über die Fakultät hinaus. Von hier aus vollzog sich der Durchbruch des Marxismus-Leninismus auf breiter Front, wurde die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei entscheidend ausgebaut, wurde der bis dahin einschneidende Schritt auf die sozialistische Universität getan. Viele wichtige Funktionen in den gesellschaftlichen Organisationen der Universität wurden von Lehrkräften und Studenten der Gewifa wahrgenommen. Im Sommersemester 1947 wurde an ihr die erste FDJ-Gruppe der Universität formiert, die wiederum eine Pionierrolle spielte bei der Gründung der Zentralen Betriebsgruppe der FDJ an der Universität am 25. März 1948 und bei dem durchschlagenden Erfolg der fortschrittlichen Kräfte in den Studentenwahlen vom 9. Dezember des gleichen Jahres. Auf dem III. Parlament der FDJ im Juni 1948 überreichte der damalige Vorsitzende des Zentralrates, Genosse Erich Honecker, der FDJ-Organisation unserer Universität die Sturmhaube „Sophie Scholl“ mit den Worten: „Leipzig ist wirklich zur Zeit die beste Hochschulgruppe.“

Ein Student des ersten Jahrganges der Gewifa, heute verdienstvoller Redakteur im „Neuen Deutschland“, aus zwingenden Gründen nicht unter uns, schreibt mir: „Das Thema Ihrer freundlichen Einladung rief bei mir jene Jahre 1947-1949 in Erinnerung, die in ihrer Art so einmalig und unwiederholbar sind. Wenn man an den großen Zeitbogen der letzten 30 Jahre denkt, an all das, was wir erlebt, erarbeitet und erkämpft haben, scheint es angebracht zu sagen: Es war ein großer Aufbruch auf einen unbekanntem Weg, dessen Gefahren wir oft erst wahrnahmen, als wir sie schon überstanden hatten. Und heute, da wir im stolzen, verständnisvollen Genuß der Früchte unserer Bemühungen zugleich den Aufbruch zu immer neuen Ufern erkennen, haben wir das Recht und die Pflicht, vor unseren Leistungen achtungs-, ja respektvoll zu sein.“

Der Kampf hat sich gelohnt...

Härte, Mut, Ausdauer, Überzeugungskraft und auch Geduld haben reiche Früchte getragen. Unter Führung der Partei der Arbeiterklasse hat sich die Karl-Marx-Universität zwischen der für sie geschichtsbedeutenden Entscheidung vom 5. Februar 1948 und dem Vorabend des IX. Parteitag

zu einer sozialistischen Erziehungs- und Bildungsstätte geformt, die den Anforderungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft immer besser gerecht wird.

Seit der Namensgebung im Jahre 1953 verließen mehr als 50 000 Absolventen des Direkt- und Fernstudiums die Universität. Mehr als 10 000 ausländische Studienbewerber und Aspiranten erhielten an in der Republik einmaligen Herder-Institut ihre sprachliche Ausbildung bzw. Weiterqualifizierung.

Der Name Karl-Marx-Universität hat einen guten Klang in der sozialistischen Praxis. Davon zeugen — um Beispiele zu nennen — die Vertragsbeziehungen mit der Stadt und dem Bezirk, mit den Kombinate „Otto Grotewohl“ in Böhlen und GISAG in Leipzig, der Einsatz von über 1500 Studenten als Propagandisten des Marxismus-Leninismus in der Stadt und im Territorium und die jährliche Behandlung von etwa 40 000 stationären und fast einer Million ambulanten Patienten durch unseren Bereich Medizin.

Die Karl-Marx-Universität entwickelte sich seit ihrer Neugeburt mit immer größerer nationaler und internationaler Ausstrahlungskraft als Stätte des Gedeihens und der Blüte sozialistischer Wissenschaften. Heute lehren und forschen an unserer Alma mater bzw. sind mit ihr als Emeriti eng verbunden 39 Nationalpreisträger, 14 Mitglieder der Akademie der Wissenschaften der DDR, 2 Mitglieder der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, 2 Mitglieder der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, 12 Mitglieder der Sächsischen Akademie der Wissenschaften und 10 Mitglieder der Deutschen Akademie der Naturwissenschaften „Leopoldina“, 8 Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Gold, 2 Hervorragende Wissenschaftler des Volkes, 2 Verdiente Hochschullehrer des Volkes und 12 Verdiente Ärzte des Volkes. Mehr als 1000 Wissenschaftler sind Mitglieder in über 100 internationalen nichtstaatlichen wissenschaftlichen Organisationen und nationalen wissenschaftlichen Vereinigungen des Auslandes.

Einen breiten Raum in der Arbeit der Universität nehmen die internationalen Wissenschaftsbeziehungen zu 58 ausländischen Partnern, darunter zu 14 wissenschaftlichen Institutionen der Sowjetunion, ein. Die Wissenschaftskooperation mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern erhält immer größeres Gewicht für die wissenschaftliche Profilierung unserer Universität.

Hochgeschätzte Persönlichkeiten der Weltöffentlichkeit und der Republik zählt die Universität zu ihren Ehrendoktoren; unter ihnen die amerikanische Kommunistin Angela Davis, der chilenische Volksdichter und Kämpfer der Unidad Popular Pablo Neruda, der sowjetische Schriftsteller Michail Scholochow, der Komponist Paul Dessau, der Historiker und Leiter des illegalen internationalen Lagerkomitees im faschistischen Konzentrationslager Buchenwald Walter Barthelemy.

Vergleichen wir das im Februar 1946 Begonnene mit dem heute Erreichten, so dürfen wir stolz von den Ergebnissen sprechen. Sie wurden vollbracht dank der Klugheit, der wissenschaftlichen Voraussicht und der Führung durch die Partei, dank des Schöpferturns und der Machtausübung der Arbeiterklasse, dank des Bündnisses unserer sozialistischen Republik mit der großen Sowjetunion und unserer festen Verankerung in der sozialistischen Staatengemeinschaft und dank des Fleißes und der Leistungen, der Einsatzbereitschaft und des Schöpferturns unserer Wissenschaftler, Arbeiter, Angestellten und Studenten.

So schreitet unsere Karl-Marx-Universität weiter auf dem von ihr am 5. Februar 1946 begonnenen Weg, dabei alle Anstrengungen unerschöpflich, um unter Führung der Kreisparteiorganisation den hohen Zielstellungen des IX. Parteitages zum Ruhme und zum Nutzen unserer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik gerecht zu werden.

Anmerkungen

- 1) Hoffmann, H.-J./Köhn, W.: Kulturerbe — aktuelle Tradition. In: Einheit 10/1975, S. 1141.
2) Ebenda, S. 139.
3) Markov, W.: Vom neuen Beginn. In: UZ v. 10. 5. 1973.
4) Festschrift zur 550. Jahrestag der Karl-Marx-Universität Leipzig, Leipzig 1959, S. 9.
5) Markov, W. a. a. O.
6) zitiert bei Handel, G.: Die sowjetische Hilfe für die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Philosophie an den Universitäten (1943-1949). In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 5/1975, S. 659-680.
7) zitiert bei Handel, G.; Ebenda, S. 638.
Hervorhebungen: die Redaktion.

Mit der Konkretisierung der richtungweisenden Beschlüsse des III. Parteitages der SED über den Bereich des Hochschulwesens, befaßte sich die 4. Tagung des ZK der SED (17. bis 19. Januar 1951). Die Tagung leistete einen bedeutsamen Beitrag zur schöpferischen Weiterentwicklung der Hochschulpolitik der Partei. Sie beschloß die bis dahin tiefgreifendste Umgestaltung des Hochschulwesens, legte die politisch-ideologische und organisatorische Aufgabenstellung für jenen Entwicklungsabschnitt fest, dessen Beginn damals als „Hochschulreform“, später als „2. Hochschulreform“ in die Geschichte einging. Hochschulpolitisch markiert die 4. Tagung objektiv den unmittelbaren Auftakt zur sozialistischen Entwicklungsetappe der Universitäten und Hochschulen, d. h. den Anfang jenes Zeitabschnittes, in dem die Grundlagen des Sozialismus nunmehr auch im Hochschulwesen zu schaffen waren.

Da der Auf- und Ausbau sozialistischer Universitäten und Hochschulen notwendig mit dem Studium des Marxismus-Leninismus durch alle Studierenden verbunden ist, betraf eine der wesentlichen Festlegungen des Plenums die Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums als Pflichtfach für alle Studenten.

Die schöpferische Ausdehnung und Anwendung der Politik der Partei auf die Hochschulpolitik ging von der neuen Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung aus, die sich in der Zielstellung des I. Fünfjahresplans ausdrückte, der einen höheren Grad an Bewußtheit als bisher erfordern machte. Gesellschaftliche Anforderungen wie nie zuvor standen jetzt vor dem Hochschulwesen. Um ihnen gerecht werden zu können, galt es als erste Voraussetzung das Zurückbleiben unserer Hochschulen in der ideologischen Entwicklung zu überwinden (Entscheidung der



Der „Mangel an kämpferischer Offensive“ wurde überwunden

Eine Betrachtung zur Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an der Leipziger Universität

Von Prof. Dr. sc. Gottfried Handel, Direktor des FMI

4. Tagung des ZK: Die nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen vom 19. 1. 1951. In: Dokumente der SED, Bd. III Berlin 1952, S. 353. Der entstandene Widerspruch ließ sich konstruktiv nur durch die Weiterentwicklung des Hochschulwesens lösen. Das ZK wies oben dazu den Weg.

Das Plenum schätzte die Lage im Hochschulwesen in aller Differenziertheit an und stellte demgemäß politische-ideologische Aufgaben:

1. Unter Führung der Parteiorganisationen galt es an den Universitäten und Hochschulen eine Offensive des Marxismus-Leninismus anzuknüpfen, die nunmehr über die Parteiorganisationen hinaus alle Studenten erfaßte. Sie sollten im Interesse ihrer späteren beruflichen Tätigkeit gleichermaßen mit hohem Fachwissen und mit Grundkenntnissen des Marxismus-Leninismus vertraut gemacht werden.

2. An die bürgerlich loyalen Wissenschaftler, die damals die Mehrzahl bildeten, appellierte die Partei, aktiv am gesellschaftlichen Aufbau mitzuarbeiten. Das Fachwissen, das sie vermittelten, sollten sich alle Studenten gewissenhaft aneignen. Von diesen Wissenschaftlern wurde staatsbürgerliche Verantwortung erwartet, in diesem Sinne auch ein Beitrag zur Erziehung der Studenten.

3. Von den Angehörigen der Universitäten und Hochschulen insge-

samt, zuallererst den Mitgliedern der Partei, erwartete das ZK einen „unverhüllten Kampf gegen alle reaktionären Ideologien“, die sich damals verbreitet in Objektivismus, Kosmopolitismus und Sozialreformismus äußerten. Ihnen galt es entscheidener und unverzüglich entgegenzutreten, damit der „Mangel an kämpferischer Offensive“ überwunden.

Die erste grundlegende Aufgabe, die aus der ideologisch-politischen Analyse abgeleitet wurde, bestand — wie das Plenum unterstrich — darin, nunmehr „das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium an allen Fakultäten der Universitäten und Hochschulen wirksam durchzuführen“ (a. a. O., S. 355). Dieses Studium sollte als erstrangiges Anliegen der Parteibetriebsgruppen an den Universitäten und Hochschulen und der Genossen in der FDJ betrachtet werden. Die Entscheidung des Plenums unterstrich ferner: „An jeder Universität und Hochschule sind Institute für die Fachgebiete der Gesellschaftswissenschaften zu schaffen“ (a. a. O., S. 356), in Verbindung damit sollte eine ausreichende Zahl neuer Planstellen für Professoren, Dozenten, Assistenten und Hilfsassistenten eingerichtet und die Ausbildung von entsprechendem wissenschaftlichen Nachwuchs und von Studenten organisiert werden.

Eine zweite grundlegende Schluß-

folgerung aus der Analyse des politisch-ideologischen Zustandes im Hochschulwesen zog das Plenum dergestalt, daß ebenso wie die wissenschaftliche Weltanschauung alle exakten Wissenschaften gründlich zu fördern seien, wobei insbesondere Ergebnisse der Sowjetwissenschaft genutzt und fruchtbar gemacht werden müßten.

Damit dieses höhere Niveau in der Lehre und Erziehung im Studium und in der Forschung erreicht werden könne, hielt es das Plenum für erforderlich, zahlreiche wissenschaftspolitische und -organisatorische Maßnahmen zu verwirklichen, die in einem „einheitlichen Zehnmontatsstudienjahr“ kulminierten. Sie schlossen u. a. sinistische Studienpläne und Lehrprogramme, regelmäßige Zwischenprüfungen, Praktika, ein neues Leitungssystem an den Hochschuleinrichtungen u. v. a. m. um. Das bedeutete eine Revolutionierung des Studieninhaltes und -ablaufes gegenüber dem Hochschulwesen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR — nicht zu reden von der bürgerlichen Universität und Hochschule.

Eine weitere Schlußfolgerung, die das Plenum aus der Notwendigkeit zog, das politisch-ideologische und wissenschaftliche Niveau zu erhöhen, bestand in der für deutsche Verhältnisse neuen Forderung, das Hoch-

schulwesen zu zentralisieren, d. h. aus der Kompetenz der Länder in die der Regierung der DDR zu überführen. Das Plenum hielt es für zeitgemäß und erforderlich, ein „Staatssekretariat mit eigenem Geschäftsbereich“ für das Hochschulwesen zu gründen, dem die zentrale Planung und Leitung des gesamten Hochschulwesens oblag. Als vordringliche Aufgabe des Staatssekretariats wurde vom ZK angesehen, „die neue einheitliche Studienreform unverzüglich in Angriff zu nehmen und im Herbst 1951 zur Einführung des Zehnmontatsstudienjahres, das die einzelnen Maßnahmen einschließt, überzugehen“ (a. a. O., S. 359). Analog zu dieser staatlichen Zentralisierung wurden die Universitätsbetriebsgruppen politisch-ideologisch direkt dem ZK unterstellt und zur Leitung dieser Betriebsgruppen Parteiorganisationen des ZK eingesetzt.

Die Parteiorganisationen der Universitäten und Hochschulen unterstanden seit der 4. Tagung des ZK für eine bestimmte Zeit direkt dem ZK, in seinem Auftrag speziell der vor dem III. Parteitag der SED gebildeten Abteilung Propaganda, die von Genossen Kurt Hager, auf dem III. Parteitag zum Kandidaten des ZK gewählt, geleitet wurde. (Aus dieser Abteilung, die „die Durchführung der Beschlüsse des Parteivorstandes über die Fragen der ideologischen und propagandistischen Arbeit zu

gewährleisten und zu kontrollieren“ hatte (Beschluß des Parteivorstandes „Über die Verbesserung der Parteipropaganda“ v. 3. Juni 1950. In: Dokumente der SED, Bd. III, Berlin 1952, S. 61), ging im Dezember 1952 die Abteilung Wissenschaften des ZK unter Leitung von Gen. Prof. Kurt Hager hervor). Damit beendete die Parteiführung an diesem historischen Wendepunkt des Hochschulwesens ihre besondere Fürsorge, Hilfe und Anleitung gegenüber den höchsten Bildungsstätten des Volkes.

Die Abteilung Propaganda des ZK half bei der Auswertung der Beschlüsse des 4. Plenums des ZK den Betriebsgruppen im Hochschulwesen, die neue Etappe und ihre Aufgabenstellung zu erfassen und demgemäß zu handeln. Das hieß in erster Linie über innerparteiliche Aufgaben hinaus die ideologische Führung an den Einrichtungen anzustreben und besser wahrzunehmen. Obwohl z. B. schon vor der 4. Tagung des ZK der Vertreter der Abteilung Propaganda, Ernst Hoffmann, auf einer Parteikandidatenvorwahl der SED-Betriebsgruppe an der Universität Leipzig am 19. Dezember 1950 die Grundzüge der Hochschulreform erläutert hatte, spiegelte sich die neue Aufgabenstellung im „Perspektivplan der Parteiorganisation der Universität vom 1. Januar bis Oktober 1951“ vom 16. Januar 1951 in keiner Weise wider (die Schwerpunkte allseits ganz allgemein und gingen in der Folge der Maßnahmen unter). Es bedurfte einer erneuten Parteikandidatenvorwahl am 28. Januar 1950, auf der sich nach dem Referat von Ernst Hoffmann in Diskussion und Beschlußfassung zeigte, daß das Parteikomitee die Orientierung des III. Parteitages und damit speziell des 4. Plenums des ZK erfüllt hatte und gewillt war, Züge des Sekletierturns abzulegen und überlebte Arbeitsmethoden zu überwinden. Diese Parteikandidatenvorwahl legte an der Leipziger Universität den Weg frei, damit zügig die Hochschulreform unter Führung der Parteiorganisation vorbereitet werden konnte.